

Appell an EU-Kommission

## Kretschmann warnt vor Eskalation zwischen Schweiz und EU



Von Franz Schmider

Di, 03. September 2019 um 17:47 Uhr

Südwest | 1 

**BZ-Plus | Der Ministerpräsident ist besorgt: Bern hat bisher ein Rahmenabkommen mit der EU nicht unterzeichnet. Dabei ist die Schweiz der wichtigste Handelspartner für Baden-Württemberg.**



Winfried Kretschmann sorgt sich um die guten Beziehung seines Bundeslandes zur Schweiz, weil ein Grundsätzliches regelnder Rahmenvertrag zwischen den Eidgenossen und der EU bislang nicht ratifiziert worden ist. Foto: Marijan Murat (dpa)

Mit einem eindringlichen Appell zu weiteren Verhandlungen mit der Schweiz hat sich Ministerpräsident Winfried Kretschmann an Jean-Claude Juncker, den Präsidenten der EU-Kommission, gewandt. Er warnt davor, den Streit um das sogenannte Rahmenabkommen zu eskalieren, da eine fatale Dynamik entstehen könnte. Diese Entwicklung besorge ihn. Mitunterzeichner des von Kretschmann angestoßenen dreiseitigen Schreibens sind unter anderem der Präsident der Region Grand-Est, Jean Rottner, sowie der bayerische Ministerpräsident Markus Söder, der Vorarlberger Landeshauptmann Markus Wallner und weitere Vertreter von neun der elf Anrainerregionen in Frankreich, Österreich und Italien.

### Unternehmen exportieren viel ins Nachbarland

In dem Schreiben, das der Badischen Zeitung vorliegt, verweisen die Nachbarn darauf, dass die Schweiz der dritt wichtigste <https://www.badische-zeitung.de/kretschmann-warnt-vor-eskalation-zwischen-schweiz-und-eu#downloadpaper>

Handelspartner der EU sei hinter den USA und China. Baden-Württembergische Unternehmen exportieren fast so viele Waren in die Schweiz (14,7 Milliarden Euro) wie nach China (15,9 Milliarden). Die Schweiz verkauft ihrerseits 47 Prozent ihrer Ausfuhren in Europa, 15,5 Prozent allein in Deutschland. Für die Schweiz ist Baden-Württemberg somit der wichtigste Handelspartner. Nicht zu vergessen die 50.000 Grenzgänger, die täglich zur Arbeit in die Schweiz pendeln. Darüber hinaus verweist Kretschmann auf die zahlreichen gemeinsamen Projekte auch im Bereich der Forschung und Hochschulen.

Diese enge Verzahnung mit der Schweiz habe die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft in den Grenzregionen gestärkt. Speziell Baden-Württemberg arbeitet in der Bodensee- und der Oberrheinkonferenz auch in vielen Alltagsfragen eng mit der Schweiz zusammen. Diese Zusammenarbeit sieht Kretschmann in Gefahr, wie er Juncker schreibt, deshalb wolle er ihn für das Thema sensibilisieren. Denn komme es zu Verhärtungen, und diese Gefahr bestehe, schade dies beiden Seiten.

### **Analyse: Bern und die EU – die Schweiz will dabei sein, ohne dazuzugehören**

Hintergrund ist, dass die Schweiz und die EU ihre Beziehungen bisher in 28 bilateralen Einzelverträgen geregelt haben. Ein neues Rahmenabkommen, Ende 2018 abgeschlossen, sollte ein neues Fundament schaffen und Grundsätze festlegen. Unter anderem, weil geklärt werden musste, wie mit neuen EU-Mitgliedsstaaten verfahren wird oder wie Änderungen an EU-Richtlinien in die Verträge eingearbeitet werden. Und auch, ob es denkbar ist, dass die Schweiz zwar in vielen Sektoren den freien Zugang zum EU-Binnenmarkt behält, aber in anderen Themenfeldern außen vor bleibt.

Das Abkommen ist ausverhandelt, doch in der Schweiz stockt die Ratifizierung. So fürchten die Gewerkschaften Lohndumping, wenn zum Beispiel Handwerkern aus Baden-Württemberg der Weg auf Schweizer Baustellen eröffnet wird oder Arbeitskräfte aus EU-Mitgliedsstaaten befristet in der Schweiz tätig werden können. Von konservativer Seite wird vor allem kritisiert, dass die Schweiz in einem Akt des "autonomen Nachvollzugs" Regeländerungen an bestehenden Verträgen übernehmen müsse, sie aber an den Verhandlungen nicht beteiligt sei. In der Schweiz empfinden viele dies als Erpressung.

### **Kretschmann will, dass beide Seiten wieder miteinander sprechen**

Die EU beharrt darauf, das ausgehandelte Abkommen zu unterzeichnen, die Schweizer Regierung fürchtet, in diesem Fall könnte es zu einem Referendum kommen – Ausgang ungewiss. Nach einem verlorenen Referendum aber seien neue Gespräche schwieriger. Der Brief Kretschmanns enthält keine konkreten Forderungen zum Inhalt, sehr wohl aber die, überhaupt wieder zu sprechen. In Brüssel freilich ist so lange keinerlei Verhandlungsspielraum vorhanden, wie die Brexit-Gespräche nicht abgeschlossen sind. Zudem sind Juncker und seine Kommission nicht mehr lange im Amt.

Wie angespannt die Nerven auch in Bern sind, zeigte sich bei einer Konferenz der Schweizer Botschafter in der eidgenössischen Bundeshauptstadt. Verteidigungsminister Ueli Maurer von der rechtspopulistischen SVP, in diesem Jahr Bundespräsident und deshalb Gastgeber der Konferenz, erklärte nach einem Bericht der NZZ am Sonntag das Rahmenabkommen für gescheitert. Außenminister Ignazio Cassis hingegen schickt unentwegt Delegationen nach Brüssel, um strittige Fragen zu klären. Wirtschaftsminister Guy Parmelin erklärt, man werde nachverhandeln, aber erst nach der Parlamentswahl im Oktober.



Ressort: **Südwest**

Zum Artikel aus der gedruckten BZ vom Mi, 04. September 2019:

» Zeitungsartikel im Zeitungslayout: [PDF-Version herunterladen](#)

» Webversion dieses Zeitungsartikels: [Kretschmann warnt vor Eskalation](#)

---

## Kommentare (1)

Bitte legen Sie zunächst ein Kommentarprofil an, um Artikel auf BZ-Online kommentieren zu können.

[Jetzt Profil anlegen](#)

**helmut feilgenhauer**

🗨 1115 seit 30. Jul 2015

Handelsabkommen Schweiz, Europa braucht halt wie alles in der Schwyz etwas länger.  
War doch immer schon so. Zum Schluss gibt es wieder eine Bürger Abstimmung weil  
Bern gerne schläft und das Wesentliche dem Bürger übergibt.

Fragt sich nur warum die Damen und Herren Politiker Bern aus den Kantonen so  
hoch und taff aus Steuergeldern honoriert werden wenn die nicht mal gescheite  
EU Verträge aushandeln können ! Fakt ist davon hängen gegenseitig tausende Arbeit  
Plätze in allen Städten und Kantonen ab. FAZIT; Hört auf mit der Bünzeiis Politik !

---